

Merseburger Correspondent.

Original:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Egyptien: Delgado Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
30 Pfg. durch den Herantreiber. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

No. 225.

Donnerstag den 13. November.

1890.

Die Sozialdemokratie und ihr Zukunftsstaat.

Seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes wird mit Eifer und gutem Erfolg den Sozialdemokraten nachgewiesen, daß ihr Zukunftsstaat ein Wahngedächtnis ist; und es gelang den sozialistischen Zeitungen, vor Allem dem „Berliner Volksblatt“ nicht zum Besten, sich gegen diese Angriffe zu wehren. Die „Nation“ macht nun in ihrer neuesten Nummer darauf aufmerksam, daß es politisch falsch war, bei diesen Diskussionen über die Zukunftsziele jene Äußerungen im „Berliner Volksblatt“ zu überschauen, die sich mit der Gegenwart beschäftigen.

Es heißt in der „Nation“: „Da die Gegenwart uns näher ist als ferne Tage, und da die Bedürfnisse der Gegenwart sich schließlich im politischen Leben stets stärker erweisen werden, als theoretische Speculationen, so erscheinen uns sozialdemokratische Darlegungen, die sich mit naheliegenden Aufgaben beschäftigen, vor Allem beachtenswerth. Bei diesem Standpunkt gewinnt ein Leitartikel des „Berliner Volksblatts“ besondere Bedeutung, der die Ueberschrift trägt „Revolutionär“, und der die Partei gegen den Vorwurf zu beschützen sucht, als gebe sie ihre Ziele preis.“

Die extremsten Sozialdemokraten des In- und Auslandes folgten nämlich aus den Behauptungen zu Hülfe, daß die heutige Sozialdemokratie ihren revolutionären Standpunkt aufgegeben und sich in eine Partei der Reformen umgewandelt habe. Gegen diese „Kritiker“, welche nur „revolutionäre Phrasen“ zu handhaben wissen, wendet sich das „Volksblatt“ mit der zurechtfindenden von Lassalle herkommenden Erwiderung, daß Straßenkämpfe und Barrikaden für eine Revolution keineswegs notwendig sind, sondern daß Revolutionen mit bleibendem Ergebnis allein durch die innere Umgestaltung der Lebensverhältnisse herbeigeführt werden können. Zweifellos! Denn was sind alle Straßenkämpfe gegen die tiefenhafte soziale Revolution, welche durch die Eisenbahnen und Dampfschiffe und durch die Maschinen in den Fabriken bewirkt worden ist. Das „Berliner Volksblatt“ strebt somit jene Revolution an, welche die Folge innerer Entwicklung ist, und das Organ der Sozialdemokratie betrachtet folgerichtig einen etwaigen Straßenkampf als ein Moment von untergeordneter Bedeutung, ein Moment, das an sich nicht entscheidet, sondern das, wie stets in der Vergangenheit, nur jene Entscheidung bringt, die durch die Umgestaltung der Welt bereits reif war, in die Erscheinung zu treten.

So falsch nun die letzten Ziele der Sozialdemokratie sind, diese Anschauung ist gesund, und haben an ihr die Führer der Sozialdemokratie fest, so werden die gezwungen sein, statt unfruchtbare Versprechungen auf die Zukunft zu geben, an der Gegenwart zu arbeiten, damit so in stetigem Vorrücken die Lage der Arbeiter verbessert werde. Diese positive Arbeit wird aber vor Allem die utopischen Ideen in den Köpfen der Sozialdemokratie verflüchtigen. Den unmöglichen sozialistischen Staat zu gründen, wird man einer nicht erreichbaren Zukunft überlassen, und in der Gegenwart wird man das völlig legitime und uns durchaus sympathische Ziel verfolgen, die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Lage der Arbeiter zu heben. Hierzu stehen aber genügende Mittel zur Verfügung, die im Einzelnen vervollkommen werden können, aber die auch heute — politisch im Wahrsinn und wirtschaftlich in der Coalitionfreiheit — starke Handhaben bieten; nur müssen diese Handhaben mit Verstand benützt werden. Wenn die Sozialdemokraten Männer in den Reichstagen senden, welche die verwirklichungsfähigen Interessen ihrer Wähler zu vertreten wissen, so wird die Partei eine schaffende Macht in der Volksvertretung werden, und wenn das „Berliner Volksblatt“ durchaus zurechtfindet sagt: „Der Arbeiterkampf ist das Coalitionrecht“, so ist es auch nur richtig, sich dieser Waffe mit nächsterer Berechnung zu bedienen, dann werden die deutschen Arbeiter, statt in Verdüsterung über mißglückte Streiks

zu verfallen, allmählich ihre Lage gegenüber dem Arbeitgeber mit Erfolge zu bessern vermögen.“

Politische Ueberkäse.

In der französischen Deputirtenkammer beantragte am Montag bei der Berathung des Budgets des Cultusministeriums Maurice Faure die Streichung des gesammten Budgets, das mit den heutigen Ideen nicht vereinbar sei. Die Kammer beschloß mit 358 gegen 154 Stimmen in die Berathung des Budgets einzugehen. Als Gegenteiler (Rechte) die Unterdrückung des Gehaltes von Geistlichen ungesetzmäßig bezeichnete, erklärte der Justizminister Fallières es als ein unlegbares Recht des Staates, die Gehälter von der Regierung feindlich gekennnten Geistlichen zu unterdrücken. Der Staat werde Niemand verfolgen, aber er wolle die Befehle von allen respectiren lassen. — Boulanger ist von der Insel Jersey nach London abgereist. Inzwischen entspinnen sich neue boulangistische Scenale. „Reit National“, ein boulangistisches Blatt, behauptet, der frühere boulangistische Deputirte Laguerre habe von der boulangistischen Partei 800 000 Frs. erhalten. — Laguerre hat die boulangistischen Deputirten Dérouté und Le Senne gefordert.

Die Kundgebung für das allgemeine Stimmrecht in Belgien, welche am Sonntag in verschiedenen Provinzialstädten stattfand, ist am Montag auch in Brüssel wiederholt worden. Die befürchteten Unruhen, denen gegenüber sogar die Truppen konstatirt wurden, sind ausgeblieben. Die Kundgebung verlief in guter Ordnung, der Zug umfaßte gegen 10 000 Personen. Die Manifestanten überreichten dem im Stadthause versammelten liberalen Abgeordneten von Büffel nochmals einen energischen Protest zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts. Die Protokollschrift fordert die gesetzgebenden Versammlungen auf, ihre Pflicht zu thun, ebenso wie die Arbeiter die ihrige erfüllt hätten. Bei Entgegennahme der Bütschrift erklärte der Bürgermeister, er sei für die Erweiterung des Stimmrechts, aber Gegner des allgemeinen Stimmrechts. Der progressivste Deputirte Janfon sprach sich für eine weitere Ausdehnung des Stimmrechts, dessen Modus die neue Kammer zu bestimmen haben würde. Senator Debrouere erklärte sich entschieden gegen jede Verfassungsrevision in diesem Augenblick.

Der englische Premier Lord Salisbury hat am Montag auf dem alljährlich stattfindenden Lord-Mayors-Banket in London eine Rede gehalten, in welcher er sich nach einander mit der auswärtigen Politik, mit den afrikanischen Colonialfragen, mit der Brüsseler Antislavereiconferenz, mit der Schutzzöllnerei und auch mit der Arbeiterfrage beschäftigte. Einem Wollfischen Telegramme zufolge führte Lord Salisbury etwa Folgendes aus: Alle Anzeigen deuteten auf Erhaltung des europäischen Friedens jedenfalls noch auf ein Jahr. Zu den guten Vorbedeutungen gehöre der Besuch des russischen Thronerben in Indien als Oaß der Königin und der indischen Regierung. Die Verwirklichung der Beschlüsse der Antislavereiconferenz werde allein durch Holland in Frage gestellt; es sei klar, daß, wenn nicht die Wünsche der Majorität irgend einer Konferenz die Zustimmung der übrigen Theilnehmer an der Konferenz erhalten, sich kein großes Resultat erzielen lasse. Er (Salisbury) sei davon überzeugt, daß Holland diese Wahrheit eventuell erkennen werde und daß England Mittel finden werde, die Schwierigkeit zu beseitigen, welche das obelste Unternehmen, die gänzliche Unterdrückung des Sklavenhandels zu vereiteln drohe. Was Afrika anlangt, so sei das hierauf bezügliche Abkommen mit Frankreich und Deutschland fertig; mit Italien seien die Unterhandlungen begonnen, und er glaube, daß dieselben schnell zu einem erfolgreichen Abschluß gelangen würden; die Unterhandlungen mit Portugal befänden sich noch in einem ungünstigen Stande, doch berechtigten

dieselben nicht zu düsteren Besorgnissen. Salisbury kam sodann auf Amerika zu sprechen und erklärte, er sei erfreut, daß der Freihandel jenseits des Atlantischen Oceans einen Sieg oder doch einen scheinbaren Sieg errungen habe; sollte es sich nicht um die Sache des Freihandels gehandelt haben, so sei es doch mindestens ein Protest gegen die extravagante Schutzzollpolitik gewesen, der Tarifconflikt dauere aber in der ganzen Welt fort; überall würden Resolutionen gefaßt, und Pläne entworfen, um den Verkehr der Nationen mehr zu beschränken. England müsse diesen Kampf ausfechten, es könne aber keine Repressalien üben, da der englische Tarif bereits auf den niedrigsten Stand gebracht sei. Was den Conflict zwischen England und Arbeit angehe, so müsse er jede legislatorische Beschränkung der Arbeitszeit bekämpfen; der einzige Vortheil, den England vor anderen Ländern im Handelsverkehr habe, bestehe in der Freiheit seiner Institutionen. Begebe sich England dieser Freiheit, so werde es durch andere Länder an Kapital, Handel und Wohlstand überflügelt werden, und die ersten, welche darunter zu leiden haben würden, wären die Arbeiter.

Der italienische Thronfolger ist am Dienstag 21 Jahre alt und damit großjährig geworden. Die Wiener Oeffnungen versuchen daraus ein politisches Ereigniß zu machen. So schreibt das offiziöse Wiener „Fremdenblatt“, die feierliche Großjährigkeitserklärung des Kronprinzen findet ein sympathisches Echo auch in Oesterreich-Ungarn, dessen Herrscherhaus mit der Dynastie Savoyen durch die Gefühle gegenseitiger Werthschätzung und durch verwandtschaftliche Beziehungen verbunden sei. Das Blatt schließt seinen Artikel mit den Worten: „Mit aufrichtiger Genugthuung begrüßen wir das feierliche Ereigniß, das in Italien die Zuversicht in die Dynastie vermehrt, welche die innere und äußere Ruhe zu sichern bestrebt ist.“

In Bulgarien scheint ein Ausgleich zwischen dem Fürsten Ferdinand und dem Kirchenregiment zu Stande gekommen zu sein. Auf die Huldigungsansprache des Präsidenten der Synode, in welcher derselbe um Unterstüßung bei den wichtigen Kirchenfragen bat, antwortete Fürst Ferdinand, die Ordnung der Angelegenheiten der Nationalkirche habe ihm stets am Herzen gelegen; in der Huldigung erbat er eine Garantie dafür, daß ihm die Kirche in seinen Bemühungen um das Wohlergehen und die Fortschritte der Nation unterstüßen werde.

Der neue Cabinetsohn von Griechenland, Delyannis, räumt unter der trikuplischen Voreaukratie fürchterlich auf. Kaum aus Ruder gelangt, entließ er aus allen Ressorts alle Beamte, welche ihre Anstellung seinem Vorgänger verdankten, und ersetzte sie, beim Vollseldirector anfangend, mit Leuten seiner Farbe. In Athen allein laufen mehr als 12 000 entlassene Beamte umher. Solche Auskehrungen liegen nun einmal im Wesen der orientalischen Cabinetpolitik. Daß die Verwaltung dadurch schwer geschädigt wird, liegt auf der Hand, zumal selbst solche Stellen, welche technische Kenntnisse erheischen, immer wieder durch die ersten besten Klienten besetzt werden. Diesmal ist selbst die ohnehin so schlechte Post von der dellyannischen Cabinetpolitik nicht verschont worden. Der Oefficiell vermag die Namen aller Neuernannten gar nicht zu fassen. Bis jetzt sind u. A. über vierzig neue Consuln ernannt und ihre Vorgänger telegraphisch abberufen worden. Herr Delyannis will sich dadurch augenscheinlich auf ein langes Regiment einrichten. — Die griechische Kammer ist am Montag mit einer Thronrede eröffnet worden, in welcher der Geburt eines Enkels des Königs, der bestimmt sei, Thronfolger zu werden, gedacht wird. Weiter heißt es in der Thronrede, Griechenland wünsche stets freundschaftliche Beziehungen zu den auswärtigen Mächten zu unterhalten. Bezüglich des Cabinetwechsels wird betont, derselbe sei durch die vom Volke bei den letzten Wahlen bekundete Meinung herbeigeführt.

Merseburger Correspondent.

Ersteinst:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag (Nr. 7) 1/2 Uhr.
Abgabezeit: Delagrad Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
30 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

No. 225.

Donnerstag den 13. November.

1890.

Die Sozialdemokratie und ihr Zukunftsstaat.

Seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes wird mit Eifer und gutem Erfolg den Sozialdemokraten nachgewiesen, daß ihr Zukunftsstaat ein Wahngedächtnis ist; und es gelangt den sozialistischen Zeitungen, vor Allem dem „Berliner Volksblatt“ nicht zum Besten, sich gegen diese Angriffe zu wehren. Die „Nation“ macht nun in ihrer neuesten Nummer darauf aufmerksam, daß es politisch falsch war, bei diesen Diskussionen über die Zukunftsstaat jene Aufsätze im „Berliner Volksblatt“ zu übersetzen, die sich mit der Gegenwart beschäftigen.

Es heißt in der „Nation“: „Da die Gegenwart näher ist als ferne Tage, und da die Bedürfnisse der Gegenwart sich schließlich im politischen Leben stets stärker erweisen werden, als theoretische Speculationen, so erscheinen uns sozialdemokratische Darlegungen, die sich mit naheliegenden Aufgaben beschäftigen, vor Allem beachtenswerth. Bei diesem Standpunkt gewinnt ein Leitartikel des „Berliner Volksblattes“ besondere Bedeutung, der die Ueberschrift trägt „Revolutionär“, und der die Partei gegen den Vorwurf zu wehren sucht, als gebe sie ihre Ziele preis.“

Die extremsten Sozialdemokraten des In- und Auslandes folgten nämlich aus den Besprechungen zu Halle, daß die deutsche Sozialdemokratie ihren revolutionären Standpunkt aufgegeben und sich in eine Partei der Reformen umgewandelt habe. Gegen diese „Kritiker“, welche nur „revolutionäre Phrasen“ zu handhaben wissen, wendet sich das „Volksblatt“ mit der zurechtfindenden von Lassalle herkommenden Erwiderung, daß Straßenkämpfe und Barrikaden für eine Revolution keineswegs notwendig sind, sondern daß Revolutionen mit gleichem Resultat allein durch die innere Umgestaltung der Lebensverhältnisse herbeigeführt werden können. Zweifellos! Denn was sind alle Straßenkämpfe gegen die riesenhafte soziale Revolution, welche durch die Eisenbahnen und Dampfschiffe und durch die Maschinen in den Fabriken bewirkt worden ist. Das „Berliner Volksblatt“ strebt somit jene Revolution an, welche die Folge innerer Entwicklung ist, und das Organ der Sozialdemokratie betrachtet folgerichtig einen etwaigen Straßenkampf als ein Moment von untergeordneter Bedeutung, ein Moment, das an sich nicht entscheidet, sondern das, wie stets in der Vergangenheit, nur jene Entscheidung bringt, die durch die Umgestaltung der Welt bereits reif war, in die Erscheinung zu treten.

So falsch nun die letzten Ziele der Sozialdemokratie sind, diese Anschauung ist gesund, und halten an ihr die Führer der Sozialdemokratie fest, so werden die gezwungen sein, statt unfruchtbare Versprechungen auf die Zukunft zu geben, an der Gegenwart zu arbeiten, damit so in stetigem Vorrücken die Lage der Arbeiter verbessert werde. Diese positive Arbeit wird aber vor Allem die utopischen Ideen in den Köpfen der Sozialdemokratie verflüchtigen. Den unmöglichen sozialistischen Staat zu gründen, wird man einer nie erreichten Zukunft überlassen, und in der Gegenwart wird man das völlig legitime und uns durchaus sympathische Ziel verfolgen, die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Lage der Arbeiter zu heben. Hierzu stehen aber genügende Mittel zur Verfügung, die im Einzelnen vervollkommen werden können, aber die auch heute — vollständig im Wahrecht und wirtschaftlich in der Coalitionsfreiheit — starke Handhaben bieten; nur müssen diese Handhaben mit Beharrlichkeit benutzt werden. Wenn die Sozialdemokraten Männer in den Reichstag senden, welche die verwilligungsfähigen Interessen ihrer Wähler zu vertreten wissen, so wird die Partei eine schaffende Macht in der Volksweltung werden, und wenn das „Berliner Volksblatt“ durchaus zurechtfindet sagt: „Der Arbeiter-schlag ist das Coalitionsrecht“, so ist es auch nur nötig, sich dieser Waffe mit nüglicher Berechnung zu bedienen, dann werden die deutschen Arbeiter, statt in Verdüsterung über mißglückte Streiks



über dem
n.“
mer beans
Budgets
Haure die
mit den
Kammer
in die Be
Schlechterey
von Geist-
der Justiz-
ares Recht
ung feind-
Der Staat
die Gesetze
anger ist
reist. In-
gigliche
angitische
n Partei
die bou-
Le Senne
gemeine
Sonntag
ist am
Montag auch in Brüssel wiederholt worden. Die besorgten Unruhen, denen gegenüber sogar die Kruppen konstant wurden, sind ausgeblieben. Die Kundgebung verlief in guter Ordnung, der Zug umfaßte gegen 10 000 Personen. Die Manifestanten überreichten dem im Stadthaus versammelten liberalen Abgeordneten von Brüssel nochmals einen energischen Protest zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts. Die Protestschrift fordert die gesetzgebenden Versammlungen auf, ihre Pflicht zu thun, ebenso wie die Arbeiter die ihrige erfüllen hätten. Bei Entgegennahme der Witschrift erklärte der Bürgermeister, er sei für die Erweiterung des Stimmrechts, aber Gegner des allgemeinen Stimmrechts. Der progressivste Deputirte Janjon sprach sich für eine weitere Ausdehnung des Stimmrechts, dessen Modus die neue Kammer zu bestimmen haben würde. Senator Debrouere erklärte sich entschieden gegen jede Versuchsrevision in diesem Augenblick.
Der englische Premier Lord Salisbury hat am Montag auf dem alljährlich stattfindenden Lord-Mayors-Banket in London eine Rede gehalten, in welcher er sich nach einander mit der auswärtigen Politik, mit den afrikanischen Colonialfragen, mit der Brüsseler Antislavereiconferenz, mit der Schuppölnerei und auch mit der Arbeiterfrage beschäftigte. Einem Wolsfschen Telegramme zufolge führte Lord Salisbury etwa Folgendes aus: Alle Anzeigen deuten auf Erhaltung des europäischen Friedens jedenfalls noch auf ein Jahr. Zu den guten Vorbedeutungen gehöre der Besuch des russischen Thronerben in Indien als Gast der Königin und der indischen Regierung. Die Verwirklichung der Beschlüsse der Antislavereiconferenz werde allein durch Holland in Frage gestellt; es sei klar, daß, wenn nicht die Wünsche der Majorität irgend einer Konferenz die Zustimmung der übrigen Theilnehmer an der Konferenz erhalten, sich kein großes Resultat erreichen lasse. Er (Salisbury) sei davon überzeugt, daß Holland diese Wahrheit eventuell erkennen werde und daß England Mittel finden werde, die Schwierigkeit zu beseitigen, welche das edelste Unternehmen, die gänzliche Unterdrückung des Sklavenhandels zu verleiht drohe. Was Afrika anlangt, so sei das hierauf bezügliche Abkommen mit Frankreich und Deutschland fertig; mit Italien seien die Unterhandlungen begonnen, und er glaube, daß dieselben schnell zu einem erfolgreichen Abschluß gelangen würden; die Unterhandlungen mit Portugal befänden sich noch in einem unglückigen Stande, doch berechtigten

dieselben nicht zu düsteren Besorgnissen. Salisbury kam sodann auf Amerika zu sprechen und erklärte, er sei erfreut, daß der Freihandel jenseits des Atlantischen Ozeans einen Sieg oder doch einen scheinbaren Sieg errungen habe; sollte es sich nicht um die Sache des Freihandels gehandelt haben, so sei es doch mindestens ein Protest gegen die extravagante Schutzzollpolitik gewesen, der Tarifconflict dauere aber in der ganzen Welt fort; überall würden Resolutionen gefaßt, und Pläne entworfen, um den Verkehr der Nationen mehr zu beschränken. England müsse diesen Kampf ausfechten, es könne aber keine Repräsentanten über, da der englische Tarif bereits auf den niedrigsten Stand gebracht sei. Was den Conflict zwischen Kapital und Arbeit angehe, so müsse er jede legislative Beschränkung der Arbeitszeit bekämpfen; der einzige Vortheil, den England vor anderen Ländern im Handelsverkehr habe, bestehe in der Freiheit seiner Institutionen. Begebe sich England dieser Freiheit, so werde es durch andere Länder an Kapital, Handel und Wohlstand überflügelt werden, und die ersten, welche darunter zu leiden haben würden, wären die Arbeiter.

Der italienische Thronfolger ist am Dienstag 21 Jahre alt und damit großjährig geworden. Die Wiener Oeffizien versuchen daraus ein politisches Ereigniß zu machen. So schreibt das offiziöse Wiener „Fremdenblatt“, die feierliche Großjährigkeitserklärung des Kronprinzen findet ein sympathisches Echo auch in Oesterreich-Ungarn, dessen Herrscherhaus mit der Dynastie Savoyen durch die Gefühle gegenseitiger Wertschätzung und durch verwandtschaftliche Beziehungen verbunden sei. Das Blatt schließt seinen Artikel mit den Worten: „Mit aufrichtiger Genugthuung begrüßen wir das freundliche Ereigniß, das in Italien die Zuversicht in die Dynastie vermehrt, welche die innere und äußere Ruhe zu sichern bestrebt ist.“

In Bulgarien scheint ein Ausgleich zwischen dem Fürsten Ferdinand und dem Kirchenregiment zu Stande gekommen zu sein. Auf die Heiligensprüche des Präsidenten der Synode, in welcher derselbe um Unterstützung bei den wichtigen Kirchenfragen bat, antwortete Fürst Ferdinand, die Ordnung der Angelegenheiten der Nationalkirche habe ihm stets am Herzen gelegen; in der Huldigung erblickte er eine Garantie dafür, daß ihn die Kirche in seinen Bemühungen um das Wohlergehen und die Fortschritte der Nation unterstützen werde.

Der neue Cabinetchef von Griechenland, Delyannis, räumt unter der trikypischen Bureaukratie scharfherlich auf. Kaum aus Ruder gelangt, entließ er aus allen Ressorts alle Beamte, welche ihre Anstellung seinem Vorgänger verdankten, und ersetzte sie, beim Polizeidirector anfangend, mit Leuten seiner Farbe. In Athen allein laufen mehr als 12 000 entlassene Beamte umher. Solche Auskehrungen liegen nun einmal im Wesen der orientalischen Cabinetpolitik. Daß die Verwaltung dadurch schwer geschädigt wird, liegt auf der Hand, zumal selbst solche Stellen, welche technische Kenntnisse erheischen, immer wieder durch die ersten besten Klienten besetzt werden. Diesmal ist selbst die ohnehin so schlechte Post von der delyannischen Cabinetjustiz nicht verschont worden. Der Official vermag die Namen aller Neuernannten gar nicht zu fassen. Bis jetzt sind u. A. über vierzig neue Consuln ernannt und ihre Vorgänger telegraphisch abberufen worden. Herr Delyannis will sich dadurch augenscheinlich auf ein langes Regiment einrichten. — Die griechische Kammer ist am Montag mit einer Thronrede eröffnet worden, in welcher der Geburt eines Enkels des Königs, der bestimmt sei, Thronfolger zu werden, gedacht wird. Weiter heißt es in der Thronrede, Griechenland wünsche stets freundschaftliche Beziehungen zu den auswärtigen Mächten zu unterhalten. Bezüglich des Cabinetwechsels wird betont, derselbe sei durch die vom Volke bei den letzten Wahlen bekundete Meinung herbeigeführt.